

# Netzwerk



1/95

# Rundbrief

## Einladung zur Vollversammlung

von Netzwerk Saar e.V.  
am Freitag, den 03. März 1995, 20.00 Uhr  
im Kultur- und Werkhof Nauwieserstr. 19,  
Versammlungsraum im Hofgebäude,  
66111 Saarbrücken

Liebe Mitglieder,

auf unserer letzten Vollversammlung wurde beschlossen, daß die Vollversammlungen einen neuen Ablauf haben sollen. Anträge, zu denen kein Diskussionsbedarf besteht, sollen zukünftig zügig behandelt und abgestimmt werden; ein ausführlicheres Gremienvotum dient als Hilfe. Die so - hoffentlich - gewonnene Zeit werden wir nicht zur Steigerung der örtlichen Gastronomieumsätze verwenden, sondern zu inhaltlichen Diskussionen nutzen: Es lebe die Streitkultur!

Können Netzwerk-Vollversammlungen geeignet sein, eine Auseinandersetzung zwischen selbstorganisierten Projekten und Netzwerk-Mitgliedern (wieder) zu beleben?

Wir wollen es ausprobieren. Neben den alljährlich unvermeidlich notwendigen Vereinsmeiereien, die wir (so hoffen wir) in traditionell gewohntem Tempo absolvieren, und der Behandlung der Anträge geht es um die Frage: „Soll Netzwerk politische Strukturen durch Finanzierung einer funktionsfähigen Ausrüstung fördern?“ Zur Vorbereitung haben zwei Netzwerk-Mitglieder ihre Position beschrieben. Wir, die Netzwerk-Aktiven, erhoffen uns spannende Diskussionen und zahlreiches Erscheinen.

**PS: Bitte beachtet unsere Bitte auf der Rückseite!**

### Tagesordnung:

1. Entlastung des Vorstandes
2. Neuwahl des Vorstandes
3. Neuwahl des Beirates
4. Diskussion:  
Netzwerk-Förderschwerpunkt
5. Anträge
- 5.1. basis
- 5.2. cafe k
- 5.3. Zukunftswerkstatt Saar
- 5.4. Behrang e.V.
- 5.5. Aktion D Welt
6. Verschiedenes

### Inhalt:

### Seite

Beitrag Antifa-Nachrichten	3
Beitrag Manni Weiß	4
Antrag Zukunftswerkstatt	5
Antrag cafe K	6
Antrag Behrang	7
Antrag basis	8
Antrag Aktion Dritte Welt Saar	10
Protokoll der letzten VV	11
Jahresabschluß 1994	14
Einzugsermächtigung	16



im Januar 1995

## OHNE MOOS NIX LOS ?

Wir, die Antifaschistischen Nachrichten Saar, waren als eingeladene Gäste auf der letzten Vollversammlung des NETZWERKS. Nach Vorstellung der Bilanz der Zuschußvergabe durch das NETZWERK im Jahr 1994 wurden Gedanken zur Konkretisierung von Kriterien für die zukünftige finanzielle Unterstützung von selbstverwalteten Betrieben und politischen Projekten ausgetauscht.

Im Laufe der Diskussion kam es seitens eines Vertreters des NETZWERKS zu einem fiktiven Angebot über 15000,- DM Zuschuß gegenüber unserer Zeitung. Trotz des Augenzwinkers verstanden wir dies als Anerkennung unsrer politischen Arbeit und Kompetenz. Wir nahmen den Faden auf und brachten den Gedanken der mangelhaften Infrastruktur der unabhängigen linken und fortschrittlichen Gruppen im allgemeinen in die Diskussion.

Angesichts des reaktionären Klimas in der Gesellschaft sowie der Krise der Linken - die sich in ihrer aktuell relativen gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit ausdrückt - ist in den letzten Jahren eine Entwicklung im Gang, die unabhängige linke Gruppen und Zusammenhänge immer mehr von den Möglichkeiten der Nutzung vorhandener Strukturen in ihr ehemals nahestehenden gesellschaftlichen Segmenten (bspw. ASTA - Gewerkschaftsbasis) ausschließt.

Dieser Entwicklung entgegenzusteuern, könnte eine Aufgabe des NETZWERKS 1995 sein.

Unser Vorschlag: Das NETZWERK stellt ein bestimmtes finanzielles Kontingent zur Schaffung einer unabhängigen Infrastruktur zur Verfügung. Damit können dann Dinge angeschafft werden, die sich einzelne Gruppen nicht leisten könnten (Beispiel: Lautsprecheranlage für Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen).

Voraussetzung für dieses Projekt wäre die Entwicklung von Kriterien für die Nutzung

der so mit der Zeit geschaffenen Infrastruktur. Diese zu formulieren wäre also der erste Schritt.

Die aktiven, politisch handlungsfähigen Gruppen und Zusammenhänge müßten sich dazu zusammensetzen (wir denken dabei an das Antifaschistische-Antirassistische Notruftelefon, Aktion 3.Welt Saar, Kurdistan Initiativkreis, Kurdischer Kulturverein, basis etc und uns nicht zu vergessen). Sie wären auch verantwortlich für die Instandhaltung und Pflege der angeschafften Gegenstände.

Das NETZWERK könnte sich unter dieser Voraussetzung dann auch um Sachspenden bemühen, die für die Arbeit der einzelnen Gruppen notwendig wären (bspw. ein Auto für das Antifaschistische-Antirassistische Notruftelefon).

Ein wesentlicher Aspekt für den Aufbau einer entsprechenden Vernetzung wäre ihre Transparenz in den Entscheidungsabläufen sowie in den politischen Grundlagen

**Diskussion**



und Zielen der teilhabenden Gruppen und Zusammenhänge.

Sie sollten möglichst basisdemokratisch organisiert sein und über eine innere und äußere Autonomie verfügen. In ihrer politischen Zielsetzung sollten sie die umfassende Respektierung der Würde der Menschen praktizieren, was die Ablehnung der Be-





wertung von Menschen nach rassistischen, sexistischen und kapitalistischen Kriterien einschließt.

Soweit unser Vorschlag, mit dem wir ausdrücklich die auf der letzten Vollversammlung des NETZWERKS vorgetragene Idee einer Vernetzung selbstverwalteter Betriebe unterstützen. Beides könnte mit dazu beitragen langfristig neue Perspektiven für die politische Arbeit zu eröffnen. Vorstellbar wäre für uns dabei langfristig beispielsweise die "Schaltung" gemeinsamer Anzeigen in der regionalen Presse, bessere Ausnutzung der vorhandenen Räume und Infrastruktur, Unterstützung der selbstverwalteten Betriebe durch bindende Erteilung von Aufträgen etc..

So, und jetzt sind wir auf die nächste Vollversammlung gespannt, zu der wir hoffentlich jetzt immer noch eingeladen werden.

#### Kleine Anmerkung zum Thema von Manni Weiß

Seitdem es Netzwerk gibt, war es immer wieder Thema, unter welchen Gesichtspunkten Gelder verliehen oder als Zuschuß gewährt werden. Es ist gut zu hinterfragen, was unter Selbstverwaltung zu verstehen oder ökologisch vertretbar ist. Ansprüche von vor 20 Jahren sind teilweise zu Recht überholt, andere dagegen fälschlicherweise nicht mehr gefordert,

weil Sachzwänge und Anpassung im Alltag sie realitätsfern erscheinen lassen. Wobei ich die bisherigen Netzwerk-Kriterien, wie sie in der letzten Vollversammlung auch wieder formuliert wurden für grundsätzlich richtig halte.

Um aber eine gerechte und von vielen getragene Bewertung derer zu finden, genügt eine Diskussion unter Netzwerk-Insidern nicht, sondern bedarf es einem Gedankenaustausch mit Menschen über die Netzwerk-Grenzen hinaus. Die Lust dazu erscheint allgemein gering.

Allerdings müssen deswegen gute Ideen nicht abgeschrieben werden.

Wir sollten die Diskussion über alternatives Wirtschaften und selbstbestimmter Kultur attraktiv und schmackhaft zu machen.

Vielleicht gibt es mehr Menschen (unter Jugendlichen?), die nach guten Ideen su-



chen, als wir denken.

Eine Veranstaltung machen wäre zu einfach, aber Kontakte herstellen, Gespräche führen, Ideen austauschen und überprüfen und sich vor allem anregen lassen, könnte wieder Lust erzeugen.

Netzwerk war dann außerordentlich interessant, wenn es nicht nur ums Geldverteilen ging, sondern wenn es inhaltlich und zusammenführend aktiv war.



## Antrag Zukunftswerkstatt Saar e.V.

Dillingen, den 20.12.1994

### Antrag auf Gewährung eines Zuschusses

Die Zukunftswerkstatt Saar ist ein gemeinnütziger Verein, der in den 80-iger Jahren in Saarbrücken selbstverwaltete und naturverträglich arbeitende Kleinbetriebe gegründet hat (u.a. "Der Fahrradladen" und "Holzbock" / Schreinerei).

Seit Anfang 1994 konzentrierte sie sich auf die Förderung erneuerbarer Energien und verlegte ihren Sitz nach Dillingen, um hier die gesellschaftlichen Bestrebungen zu unterstützen, diese Komune zu einer Solarmodellstadt der Unteren Saar zu entwickeln.

Gegenwärtig hat die - mit 4 AB-Kräften und einem ehrenamtlich tätigen Vorsitzenden - Zukunftswerkstatt Saar drei Projektinitiativen ergriffen:

1. Eine Wanderausstellung solarer Kleinprodukte, die in Rathäusern, Schulen, Jugendzentren und anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen der Unteren Saar gezeigt und später in den vorgesehenen Solarpark Dillingens integriert wird. Die Kosten dieses Vorhabens konnten durch private Spender und Totomittel des Sozialministeriums gedeckt werden.

2. Die Konzeption und Organisation der

PRO SOLAR Dillingen '95 (siehe beige-fügte Presseerklärung und SZ - Bericht).

Der Zukunftswerkstatt Saar geht es vor allem darum, viele Gruppen der Bevölkerung durch aktive Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der PRO SOLAR - Veranstaltungen für die Solaridee zu gewinnen. Sie geht weiter davon aus, daß es ihr gelingt, die ihr entstehenden Kosten in diesem Projektbereich durch Sponsoren aufzufangen.

3. Der Aufbau eines solaren Netzwerkes in der saarländischen und Saar/Lor/Lux Region, das

- die im Solarsektor engagierten Gruppen, Vereinigungen, Einrichtungen durch computerunterstützte Informationen über die neuesten Solarentwicklungen periodisch informiert und

- die saarländische und interregionale Öffentlichkeit durch gezielte Informationen für die breitere Anwendung der Solarenergie und -technik sensibilisieren will.

Um dieses Projekt optimal realisieren zu können, benötigt die Zukunftswerkstatt für die Arbeit mittels Rechnernetz noch einen multimedialfähigen Rechner.

Zur Schaffung dieser Voraussetzung, ohne die wir ein funktionsfähiges Netzwerk nicht aufbauen könnten, bitten wir Sie, um die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von DM 3.500,-.

Hochachtungsvoll  
Zukunftswerkstatt Saar e.V.  
Rudi Peter  
Vorsitzender

**Gremienvotum:** Grundsätzlich halten wir die Gründung eines solchen solaren Netzwerkes für eine sinnvolle Idee und somit für förderungswürdig. a) Eine Förderung durch den Selbstverwaltungstopf soll jedoch vorrangig geprüft werden, u.E. erfüllen Antrag und Projekt alle dafür erforderlichen Kriterien. b) Falls ein entsprechender Antrag vom MIFAGS abgelehnt werden sollte, sind die Gremien für die Gewährung eines Darlehens. Über die Umwandlung in einen Zuschuß kann je nach finanzieller Entwicklung zu gegebener Zeit erneut diskutiert werden - wie auch sonst.



## Café K

19. Oktober 1994

Betreff: Antrag auf Zuschuß Gewerbesteuer-schuld

Liebe Leute von Netzwerk,

Ende 1991, Anfang 1992 fand bei uns im Café K eine Betriebsprüfung statt. Dabei stellte der Prüfer fest, daß wir de facto eine GbR sind und nicht, wie bisher angegeben, ein Einzelunternehmen. Daher wurden die gesamten Steuererklärungen von 1987-1991 geändert, d.h. konkret: sämtliche Kollektivmitglieder wurden rückwirkend vom Aushilfs- bzw. Arbeitnehmerstaus in einen Gesellschafter- also Unternehmerstatus geändert. Das hatte zur Folge, daß die damals ausgezahlten Löhne als Vorwegvergütung und damit als Gewinn der einzelnen Gesellschafter berechnet wurden. Die ursprünglich als Lohn angegebenen Kosten wurden somit als Gewinn des Gewerbes dazugerechnet. Dadurch überschritt der aufsummierte Gewinn den Gewerbesteuerfreibetrag über 36.000,-DM in den Jahren 1988 und 1990. 1990 hatten wir ursprünglich zwei feste Ar-

beitsplätze; der Lohn betrug insgesamt 53.000,-DM, nur 3.000,-DM waren Gewinn in diesem Jahr. Trotzdem wurden rückwirkend die 53.000,-DM als Gewinn dazu addiert. Im Jahre 1988 betrug unser tatsächlicher Gewinn 31.000,-DM; 8.000,-DM waren Lohnkosten. Letzten Endes hat dies alles dazu geführt, daß wir insgesamt 4.131,-DM Gewerbesteuer für 1990, 557,-DM für 1988 plus 533,-DM Zinsen für 1990 bezahlen müssen, also insgesamt 5.231,-DM. Wir haben eine Ratenzahlung mit dem Gewerbesteueramt vereinbart, die bis Ende 1995 läuft. Dabei fallen zusätzlich insgesamt 212,50 DM Stundungszinsen an.

Wir möchten uns an Euch mit der Bitte wenden, dieses unsägliche Mißgeschick mit einem Zuschuß über die 12 Monatsraten für 1995, das sind  $12 \times 300,-DM = 3.600,-DM$  zu erleichtern, da wir mit dieser zusätzlichen finanziellen Belastung leider überfordert sind.

Liebe Grüße,

gez. Eva Lajko

**Das Gremiovotum:** Dem Café wird angeraten, das Angebot einer Betriebsberatung durch Netzwerk wahrzunehmen, da es sicherlich äußerst kritisch ist, wenn 300,-DM mehr oder weniger im Monat (entspricht einem Tagesumsatz von 17,-DM) schon die Existenz des Cafés bedrohen. Da die Gewährung eines Zuschusses für gewerbliche Betriebe nach bisheriger Vergebepaxis nicht üblich ist, empfehlen die Gremien, den Antrag in einen Darlehensantrag in Höhe von 4.100 DM umzuwandeln. So entfallen auch die Verzugszinsen, die Rückzahlungsmodalitäten können großzügig gestaltet werden. Darüberhinaus wird dem Café K aus dem Feuerwehrfond ein Darlehen von 1.000 DM gewährt.



## BEHRANG e.V.

Verein für Multikultur und die Interessen von Minderheiten

Alte Feuerwache, Landwehrplatz 2  
66111 Saarbrücken

Saarbrücken, den 27. Januar 1995

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Hiermit möchten wir unseren neugegründeten Verein und dessen Ziele vorstellen. Als multikultureller Verein ist es unser Ziel, den interkulturellen Austausch im Saarland zu fördern und in diesem Bereich neue Impulse zu geben. Mit dieser Zielvorstellung wollen wir unter anderem Künstler und Schriftsteller aus unterschiedlichen kulturellen Richtungen einladen, um hier



ein Forum zu schaffen. Zum Auftakt unserer Aktivitäten wollen wir am 29. April 1995 den Publizist Dr. Bahman Nirumand zu einer öffentlichen Veranstaltung in Saarbrücken einladen.

Herr Dr. Bahman Nirumand soll ein Referat halten zum Thema "Minderheitenrecht in Deutschland", anschließend soll eine öffentliche Diskussion stattfinden.

Um diese Veranstaltung durchführen zu können, benötigen wir eine finanzielle Unterstützung durch das Netzwerk Saarbrücken.

Die Kostenaufstellung lautet:

Honorar	DM 600,-
Fahrtkosten	DM 200,-
Hotel, Verpflegung	DM 200,-
Plakate	DM 400,-
Sonstiges	DM 200,-
Gesamt	DM 1.600,-

Eine finanzielle Hilfe durch das Netzwerk Saarbrücken zu dieser Veranstaltung wäre für unseren Verein eine wertvolle Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen,

i.A. M.E. Namazi

Hinweisen möchten wir Sie, daß wir bei folgenden Institutionen ebenfalls einen Antrag auf Zuschuß gestellt haben:

1- Kulturamt Saarbrücken 2- Kulturministerium Saarbrücken, 3- ÖBW Saarbrücken

### Gremienvotum:

Die Veranstaltung ist grundsätzlich förderungswürdig. Allerdings ist die Finanzierung noch völlig offen. Da wir einen NW Zuschuß in Höhe von 1.600 DM für eine einzelne Veranstaltung als unangemessen ansehen und die Zuschüsse der anderen Geldgeber unklar sind, schlagen die Gremien einen Zuschuß von 400 DM vor.



## basis

Betr.: Antrag an den Feuerwehrfond des Netzwerkes Saarland auf DM 600,-  
Begr.: Gegenmobilisierung 10. Dezember 1994 EU-Gipfel in Essen

Als Abschluß der deutschen Präsidentschaft im EU-Ministerrat fand vom 9. bis 11. Dezember in Essen das Gipfeltreffen der Staatschefs der Europäischen Union statt. Anlässlich der EU-Politik und des aufwenig inszenierten Pro-Europa-Spektakels in Essen war eine Vielzahl von Gegenaktivitäten geplant. Zentrale Punkte der Mobilisierung waren die bundesweite Demonstration am 10.12.1994 und der Gegengipfel am an diesem Wochenende in Essen, der in der Zeche Carl stattfand.. Hierbei ging es u.a. um die Diskussion folgender Themen: Interantionalismus, Migration und Rassismus in Europa, Wirtschafts-und Sozialpolitik, Ökoimperialismus, Repression gegen linke Opposition...

Für Samstag, den 10.12. wurde zu einer bundesweiten Demonstration gegen die EU-Ministerratstagung aufgerufen.

Für die Organisation der Gegenaktivitäten hatte sich im Vorfeld ein Bündnis aus verschiedenen Gruppen und Organisationen aus der linken Opposition konstituiert. (Dies reichte von Europa-Grünen bis hin zum linksradikalen Spektrum.

Regional haben wir für die bundesweite Demonstration nach Essen mobilisiert und haben zu diesem Zweck einen Bus angemietet. Es gab regional Vorbereitungstreffen zu denen wir als Gruppe basis eingeladen haben. Wir sind eine linke Gruppe und haben jeden Montag und Mittwoch von 17.00h bis 19.00h in unseren Räumen in der Alt Feuerwache offene Anlaufstelle. Der Name basis steht für Büro und \_Anlaufstelle für Selbstorganisation, Internationalismus und soziale Emanzipation.

Auf diesen Treffen haben wir uns dafür entschieden zur bundesweiten Gegen-

demonstration zu mobilisieren. Bereits Wochen vor dem EU-Gipfel waren



seitens Stadt und Polizei Veranstaltungsverbote im Zusammenhang mit Gegenöffentlichkeit zu dem EU-Gipfel und EU-Politik ausgesprochen worden. Dies betraf Veranstaltungen im Vorfeld der Mobilisierung, sowie der Entzug der Räume an der Universität. Auch die geplanten Universitätsräume für den Gegengipfel wurden den Veranstaltern entzogen. Diese repressive Linie zeichnete sich auch an der geplanten Demonstration ab. Die Demonstration wurde zunächst verboten, nach dem Widerspruch der Veranstalter wieder erlaubt und dann schließlich nach der Revision nochmal verboten. Daraufhin wurde von seiten der Veranstalter ein Antrag auf einstweilige Verfügung beim Bundesverfassungsgericht gestellt. Dies sah sich nicht in der Lage zu einer Entscheidung am Samstag zu kommen.

Es ist offensichtlich, daß dieses Vorgehen von staatlicher Seite mit dazu beitragen soll jeglichen Protest und Widerstand von linker Opposition zu verhindern und zu kriminalisieren.

Bereits bei der Abfahrt in Saarbrücken, versuchte die Saarländische Polizei auf den Busfahrer daraufhin einzuwirken, die





WART' MAL  
'N MOMENT...



Fahrt nach Essen zu verhindern. Allerdings erfolglos!

In Essen wurden alleine am Samstag 1000 Menschen festgenommen, gefesselt und stundenlang in einer BGS-Kaserne in Essen festgesetzt. Bereits am Vortag fand massiver Polizeiterror statt. Ein Beispiel dafür ist, daß 2 Personen am Freitag in ihrem Auto von der Polizei mit vorgehaltener Waffe angehalten und festgenommen wurden. Sie wurden mit über den Köpfen

gestülpten Säcken abtransportiert.

Am Samstag kam es zu mehreren Kesseln in der Essener Innenstadt, 15 Personen aus unserer regionalen Mobilisierung waren festgenommen. Da wir mit einem Bus nach Essen gefahren sind, mußte dieser ohne die festgenommenen Personen zurückfahren. Die letzten der Festgenommenen wurden Sonntag Nacht gegen 1.30h entlassen. Der Bus konnte nicht solange warten, unter anderem auch deswegen weil nicht klar war, wann die Entlassungen erfolgen.

Von daher waren die 15 Personen gezwungen ihre Rückfahrt anders zu organisieren. Die Kosten hierfür belaufen sich auf über DM 800,-. Da alle bereits DM 35,- für die Buskarten bezahlt haben, ist es nicht möglich diese Kosten umzuverteilen. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag bei Netzwerk über DM 600,-.

Wir hoffen nicht zuletzt aus Gründen der Solidarität mit den Gegenaktivitäten auf einen positiven Entscheid.

Kostenplan:

Zugkarten 5 a DM 88,-	DM 440,-
Zugkarten 3 a DM 44,-	DM 132,-
8 a DM 5,- Zuschlag	DM 40,-

7 Mitfahrgelegenheiten Auto DM 200,-



Die Gremien haben aus dem Feuerwehrfonds ein Darlehen für die Abdeckung der zusätzlichen Kosten der Mobilisierung gegen den EU Gipfel in Essen bewilligt.

**Gremienvotum:** Wir schlagen der VV die Umwandlung in einen Zuschuß vor.



## Aktion Dritte Welt Saar

Weiskircherstr. 24  
66674 Losheim  
Tel 06872 / 6982

Losheim, den 6.2.95

Liebe Leute,

die AKTION 3.Welt Saar arbeitet schon seit längerer Zeit kontinuierlich zum Thema Kurdistan. Dieses Thema ist für uns Symbol und Schnittstelle für verschiedene Themen. Seien es Asylpolitik und Fluchtgründe oder die Interessen der BRD an Kurdistan. Nach wie vor ist es unser Hauptziel zu einer politischen Lösung in diesem Konflikt beizutragen. Eine Konfliktpartei ist die Kurdische Arbeiterpartei PKK. Die in Deutschland eher als terroristisch hingestellte Partei ist die größte Interessenvertretung der KurdInnen. Ohne die PKK wird es nie zu einer politischen Lösung kommen. Sie hat Kurdistan auf die politische Tagesordnung gesetzt. Wer sich mit Kurdistan auseinandersetzt, muß sich auch mit der PKK beschäftigen.

Genau dies wollen wir am 2. April tun und brauchen dazu auch eure Unterstützung. An diesem Tag will die AKTION 3.Welt Saar ein Tagesseminar mit dem Arbeitstitel "Wer ist die PKK" durchführen. Im Mittelpunkt wird die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Programmatik der Partei, wie soziale Frage und Nationalismus, stehen. Als Referenten werden Udo Wolter, von den Blättern des IZ3W (Informationszentrum 3.Welt) aus Freiburg und Karin Leukefeld von der Informationsstelle Kurdistan Bonn nach Losheim kommen. Das TeilnehmerInnenfeld von 20-25 Personen soll hauptsächlich aus Menschen bestehen, die zum Thema Kurdistan arbeiten.

Um dieses Seminar zu finanzieren, das

zur Versachlichung der PKK-Diskussion beitragen kann und soll, bitten wir Euch um einen Zuschuß in der Höhe von 900,- DM.  
Gruß,

gez.: Dominik Fries

Kosten- und Finanzierungsplan

### 1.) Kosten

- Referentenhonorar Udo Wolter	300,-DM
- Honorar Karin Leukefeld	300,-DM
- Fahrtkosten	400,-DM
- Werbung, Verpflegung, Porto	400,-DM
<b>Gesamtkosten:</b>	<b>1400,-DM</b>

### 2.) Einnahmen

- beantragter Zuschuß	
Netzwerk Saar	900,-DM
- <u>Eigenmittel, Teilnehmerbeitrag<sup>1</sup></u>	<u>500,-DM</u>
<b>Gesamteinnahmen:</b>	<b>1400,-DM</b>

<sup>1</sup>= Bei diesem Tagesseminar versuchen wir einen festgesetzten Teilnehmerbeitrag zu vermeiden. Stattdessen legen wir die Kosten für alle TeilnehmerInnen offen aus, so daß jeder selbst entscheiden kann, wieviel er/sie gibt.

**Gremienvotum:** Es soll ein Antrag beim ÖkoFonds gestellt werden. Netzwerk und Aktion 3. Welt teilen sich den Verlust.

(Gesamtkosten 1.400 minus TeilnehmerInnenbeitr. minus sonst. Zuschüsse) geteilt durch 2 gleich Anteil Netzwerk



## Protokoll

### der Mitgliedervollversammlung vom 9. Dezember 1994

Protokoll: Illi Reusch  
Versammlungsleitung: Rolf Lauerermann

Diese Vollversammlung war ausschließlich der inhaltlichen Diskussion über Ursprung und Entwicklung von Netzwerk, Vergabepaxis und Förderkriterien gewidmet.

Da der Verlauf der Diskussion unmöglich im einzelnen wiederzugeben ist, sind im folgenden die wichtigsten Aussagen und Ergebnisse nach thematischen Zusam-

menhängen zusammengefaßt.

#### Netzwerk-Vergabepaxis:

- Die im letzten Rundbrief abgedruckten Tabellen und Statistiken widerlegen die bisherige Annahme, Netzwerk Saar würde überverhältnismäßig viele Projekte außerhalb des Saarlandes fördern (wo wir kaum Mitglieder haben), oder daß sich der Schwerpunkt zur kulturellen Projektförderung hin entwickelt.

- Schwerpunkt liegt vielmehr auf der Gewährung von Darlehen für gewerbliche selbstverwaltete Betriebe (45%) und von Zuschüssen für politische Initiativen und Projekte (35,5%).

#### Probleme in der Vergabepaxis:

- Kollektivbetriebe nach der reinen Lehre der Selbstverwaltung sind rarer gesät. So

WIE SCHMECKT DIR  
DIES, STAAT ?



Liebes Finanzamt,

bezugnehmend auf Ihren Steuerbescheid habe ich mich dem bewaffneten Widerstand angeschlossen.

Kann ich die mir entstehenden Sonderkosten steuerlich absetzen ?

Killi

kommt es vor, daß die Frage nach den Strukturen hinter förderungswürdigen Inhalte zurücktritt.

Bei politischen Initiativen wird die Frage nach selbstverwalteten Strukturen meist garnicht gestellt.

- Bei der Förderung sozialer Projekte bereitet die Abgrenzung von Aufgaben der öffentlichen Hand mitunter Schwierigkeiten. Hier sollte Maßgabe sein, die öffentlichen Verwaltungen nicht aus der Verantwortung zu entlassen, um somit politi-



schen Druck auszuüben.

### Diskussionskultur

- Die Vollversammlung ist weniger besucht als noch vor einigen Jahren. Oft sind die Gremienleute mit den AntragstellerInnen unter sich. Die Mitglieder wollen sich offensichtlich weniger an Entscheidungen beteiligen.

- In den Gremien wiederum sind die Entscheidungsstrukturen eingespielt.

- Auf den Vollversammlungen herrscht Streitunlust.

Es gibt wenig kritische Nachfragen zu den Anträgen. Den Projekten wird nicht "am Lack gekratzt", eine politische Bewertung der Projekte bzw. der Antragsinhalte findet kaum noch statt.

### äußere politische Umstände:

- Das politische Umfeld der Gründungszeit (soziale Bewegungen, BIs) fehlt, insofern auch die Lebenszusammenhänge unter den Netzwerk-Mitgliedern und den Projekten.



- Das gesellschaftsverändernde Moment selbstverwalteter Strukturen ist aufgerieben. Die Betriebe und Projekte sind z.T. etabliert, "versacken im Alltag". Die Frage stellt sich, ob sie nicht zum Erhalt des "sozialen Friedens" beitragen und damit sogar gesellschaftstragend sind.

- Netzwerk leidet am Generationenproblem: Die Menschen, die derzeit politisch aktiv sind, kennt Netzwerk, wenn überhaupt, nur als AntragstellerInnen.

Ist vielleicht Netzwerk selbst zu etabliert? Immerhin bezieht es zur Finanzierung seines hauptamtlichen Büros institutionelle Förderung vom Land und bekam von der SPD-Stadtratsfraktion einen Preis zur Anerkennung seiner Arbeit verliehen? Je nach Standpunkt wird Netzwerk als Spitze der autonomen Szene oder als SPD-Filiale gesehen.

### Lob

- Positive Aspekte braucht



man nicht zu diskutieren, deshalb nahm die Kritik einen viel größeren Raum ein. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß die Anwesenden lobende Worte zur bisherigen Netzwerk-Arbeit fanden, zumal die Liste der geförderten Projekte zeige, daß Netzwerk nach wie vor wichtig ist.

- Auch mit den Vergabekriterien sei Netzwerk gut gefahren, eine Änderung sei nicht nötig.



### Erwartungen , Anregungen und Änderungsvorschläge

- Von anwesenden Projektvertreterinnen wurde die Erwartung an Netzwerk geäußert, fortschrittliche linke Kräfte zu unterstützen und in diesem Hinblick als integratives Moment zu wirken. Netzwerk solle außerdem die Vernetzung unter den Betrieben und Projekten fördern.

- Die Vollversammlung soll wieder "Spaß machen", die Diskussionsfreude wieder geweckt werden. Ein Vorschlag dazu war, lange "betriebswirtschaftliche Arien" zu vermeiden, die Anträge nicht wieder bis ins Detail zu wiederholen. Stattdessen Platz für inhaltliche Diskussionen zu lassen.

### Also wurde beschlossen:

1. Die Anträge werden von einem ausführlicheren Gremienvotum im Rundbrief kommentiert. Auf der Vollversammlung selbst soll nur noch dann eine längere Beschäftigung mit dem Antrag erfolgen, wenn Nachfragen über das Gremienvotum hinaus bestehen.

Dafür soll mehr Zeit für inhaltliche Diskussionen zur Verfügung stehen, die im Rundbrief vorbereitet werden (etwa zu sozialpolitischen Themen).

Dieses Modell soll auf den nächsten beiden Vollversammlungen getestet werden.



Als Thema für die inhaltliche Diskussion der nächsten Vollversammlung wurde vorgeschlagen:

Soll Netzwerk in Zukunft politische Strukturen fördern. Ähnlich wie das Berliner Netzwerk, das z.B. einen Lautsprecherwagen, der den politischen Gruppen zur Nutzung zur Verfügung steht, finanziert hat. Dieses Thema soll in Zusammenarbeit mit den Gruppen aus dem Antifabereich vorbereitet werden.



## Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V.

### Einnahmen

1. Mitgliedsbeiträge		28.437,00
2. Spenden, sonstige Einnahmen		8.808,00
3. Öffentliche Gelder		
Land	152.000,00	
Stadt Saarbrücken	25.000,00	177.000,00
4. Darlehensrückzahlungen		
Aktion 3. Welt	2.000,00	
Cafe Wichtig	1.800,00	
Blattlaus	400,00	
Hochscheid e.V.	2.000,00	
Kino achteinhalb	10.000,00	
Nauwieser Copier&Offset	900,00	
Mutter Erde	1.200,00	
Ö & Ko	2.400,00	
Ö & Ko neu	600,00	
LAUS e.V.	1.200,00	
Ohrwurm	2.250,00	
Kuhn, Weber, Zurek	2.200,00	
Möbelwerkstatt	4.800,00	
Miteinander-Füreinander	3.000,00	
Stadtzeitung	150,00	
Driewer 1	8.000,00	
BI Klarenthal	1.000,00	43.900,00
5. Saldovorträge		
Kasse	10,16	
Konto I	6.302,41	
Konto II	898,89	
		7.211,46
		<b>265.356,46</b>



## Jahresabschluß 1994

### Ausgaben

1. Personalkosten		183.798,59
2. Miete und Nebenkosten		9.061,13
3. Allg. Vereinskosten		1.540,27
4. Öffentlichkeitsarbeit		2.177,31
5. Büromaterial, Porto		7.786,53
6. Fahrtkosten, Fortbildung, Literatur		1.649,88
7. Darlehen		
Buchprojekt Driewer 1	8.000,00	
Stadtzeitung (Rücküberweisung)	650,00	
Blattlaus	10.000,00	
IfSF e.V.	1.650,00	
Buchprojekt Schroer/Blattlaus	4.700,00	
BI Klarenthal	1.640,00	
LesbenNest e.V.	750,00	
Buchprojekt Driewer 2	6.000,00	
cafe k	1.000,00	
basis	600,00	34.990,00
8. Zuschüsse		
Interess. Umweltsch. Bexbach	500,00	
Bosnien-Veranst. Bozok	500,00	
Die Brücke e.V.	2.000,00	
Antifa-Nachrichten	1.500,00	4.500,00
9. Endbestand		
Kasse	312,19	
Konto I	19.540,96	
Konto II	0,00	19.853,15
		<u>265.356,86</u>



Netzwerk fördert

## die Postbank !!!



Nicht mit einem Darlehen, wie sonst bei gewerblichen Projekten üblich, sondern mit einem jährlichen laufenden Zuschuß in Höhe von (geschätzten) 500 DM. Uns liegt zwar kein Protokoll einer Vollversammlung vor, auf der das beschlossen wurde, trotzdem behält die Postbank nunmehr von jeder Überweisung 1/2 DM ein!

Nach genauer Prüfung der Unterlagen haben wir nun zusätzlich festgestellt, daß diese Bank weder selbstverwaltet noch ökologisch ist, noch sonst ein Kriterium der Netzwerkförderung erfüllt. Wir haben daher beschlossen, die Förderung einzustellen!

Zur Umsetzung dieses Beschlusses benötigen wir die Mitarbeit unserer Mitglieder. Wir bitten euch, entweder:

- eure Daueraufträge auf jährliche Zahlung der Beiträge umzustellen, oder noch besser für uns



- folgende Einzugsermächtigung, die wesentlich weniger Gebühren kostet ( 0,06 DM pro Buchung ) auszufüllen und uns mit beiliegendem Umschlag zuzuschicken:

### *Einzugsermächtigung*

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Hiermit ermächtige ich Netzwerk Selbsthilfe Saar e. V. meinen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto

Nummer: \_\_\_\_\_

bei dem Bankinstitut: \_\_\_\_\_ BLZ ( \_\_\_\_\_ )

einzuziehen.

Datum, Ort: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

(Diese Einzugsermächtigung kann jederzeit widerrufen werden)